KOBLENZ VERBINDET.

Stellungnahme

zum Antrag Nr. AT/0219/2020

Vorlage: **ST/0195/2020**		Datum: 27.10.2020
Dezernat 1		
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:
Betreff: **Stellungnahme zum Antrag der CDU-Ratsfraktion: Unterrepräsentanz von Frauen**		

Gremienweg:								
17.03.2021	Gleichstellungsausschuss	☐	einstimmig	☐	mehrheitl.	☐	ohne BE
		☐	abgelehnt	☐	Kenntnis	☐	abgesetzt
		☐	verwiesen	☐	vertagt	☐	geändert
	TOP öffentlich	☐	Enthaltungen	☐		☐	Gegenstimmen

Stellungnahme:

In der Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 4. September 2020 wurde eine Bachelor-Arbeit zur „Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik“ vorgestellt, die im Rahmen des Studiums an der Hochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Rheinland-Pfalz in Mayen gefertigt wurde.
Inhalt der Arbeit ist eine Ursachenanalyse – durchgeführt am Beispiel des Rhein-Lahn-Kreises. Dort beträgt der Frauenanteil im Kreistag ca. 21 %. Die Ursachen für die Unterrepräsentanz werden als multifaktoriell angesehen, d.h. sie sind nicht nur individuell, sondern auch strukturell bedingt.

Entsprechend ergeben sich auch Handlungsempfehlungen, die auf die individuellen und strukturellen Gegebenheiten und eruierten Ursachen des untersuchten Organisationsobjektes, also des Rhein-Lahn-Kreises, zugeschnitten sind. Eine 1:1 Übertragung auf die Stadt Koblenz ist daher so nicht möglich.
Auch in Koblenz besteht eine weibliche Unterrepräsentanz in der Kommunalpolitik. Der Frauenanteil im Stadtrat beträgt 34 %. Um der Unterrepräsentanz entgegenzuwirken, sind eine individuelle Ursachenforschung und daraus abzuleitende Handlungsempfehlungen für die Stadt Koblenz zu empfehlen.

Beschlussempfehlung:
Die Verwaltung empfiehlt, eine eigene Ursachenanalyse mithilfe einer Bachelor- bzw. Masterarbeit an der Hochschule für öffentliche Verwaltung mit daraus folgenden Handlungsempfehlungen für die Stadt Koblenz in Auftrag zu geben. Die Verwaltung wird sich um eine Studentin/ einen Studenten, die/der diese Arbeit schreibt, bemühen.